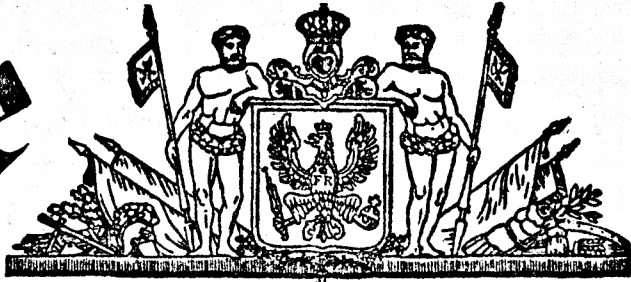


Wolffsche



Zeitung

Begründet

1704

Königlich privilegierte Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Wolffsche Zeitung erscheint zweimal täglich (morgens und abends), am Sonn- und Festtagen nur einmal. Jeden Sonntag die illustrierte Beilage „Zeitbilder“. Sonstige Beilagen und Rubriken: Finanz- und Handelsblatt, Grundstücks-, Hypotheken- und Geldverkehr, Für Reise und Wanderung, Literarische Umschau, Wissenschaftliche Sonntags-Beilage, Allgemeine Verlosungs-Tabelle.

Besug: In Groß-Berlin monatlich 8 Mark bei tägl. zweimaliger Zustellung. Durch die Post monatlich 2.80 M. oder viertelj. 8.40 M. ohne Bestellgebühr. Anzeigen: Zeile 80 Pf. u. 40 %, Teuerungszuschlag. Familienanzeigen 1 M. netto die Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer. Annahme im Ullsteinhaus, Berlin SW 68, Kochstr. 22-26. und in allen Geschäftsstellen des Verlages.

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (m. Ausnahme d. Handelsteils): L. V. J. Elbau in Bln.-Tempelhof.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800, 11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291.

Amerikas Antwort auf die Wiener Note.

Eine Erklärung Wilsons.

Druckausgabe der „Wolffschen Zeitung“

von Rotterdam, 17. September.

Neuter meldet aus Washington: Staatssekretär Lansing veröffentlicht folgende Erklärung: „Der Präsident hat mich zu der Mitteilung ermächtigt, daß er folgende Antwort auf die österreichisch-ungarische Note geben wird:

Die Regierung der Vereinigten Staaten hat das Empfinden, daß sie auf den Vorschlag der österreichisch-ungarischen Regierung nur eine Antwort geben kann. Sie hat wiederholt und mit aller Offenheit die Bedingungen mitgeteilt zu denen die Vereinigten Staaten einen Frieden erwägen würden, und sie kann und will keinen Vorschlag zu einer Konferenz in einer Sache annehmen, in der sie ihre Haltung und ihre Ziele so deutlich auseinandergesetzt hat.“

Wenn die amerikanische Regierung sich in ihrer Mitteilung auf die bereits wiederholt von ihr bekanntgegebenen Friedensbedingungen beruft, so meint sie damit vor allem offenbar das vom Präsidenten Wilson in seiner Botschaft an den Kongress vom 10. Januar dieses Jahres aufgestellte Friedensprogramm. Die 14 Punkte, in die sich dieses Programm gliedert, waren dem Sinne nach — der genaue Wortlaut ging bedeutend mehr in die Breite — folgende:

- Punkt 1: Alle Friedensverträge müssen öffentlich sein. Abschaffung der Geheimdiplomatie.
 - Punkt 2: Freiheit der Schifffahrt auf dem Meere.
 - Punkt 3: Möglichste Befreiung aller wirtschaftlichen Schranken. Gleichheit der Handelsbeziehungen.
 - Punkt 4: Herabsetzung der Rüstungen auf ein Mindestmaß.
 - Punkt 5: Schlichtung der internationalen Ansprüche unter Berücksichtigung der Interessen der Eingeborenen.
 - Punkt 6: Räumung des ganzen russischen Gebietes. Rußland soll unbehinderte Gelegenheit zur unabhängigen Bestimmung seiner politischen Entwicklung erhalten. (Wörtlich: „Darüber hinaus würden wir Rußland Unterstützung jeder Art, die es nötig hätte und wünschen würde, gewähren.“)
 - Punkt 7: Räumung und Wiederaufrichtung Belgiens, ohne den Versuch einer Beschränkung seiner Souveränität.
 - Punkt 8: Räumung des besetzten französischen Gebietes. Rückgabe von Elsass-Lothringen.
 - Punkt 9: Grenzberichtigung für Italien nach Maßgabe der nationalen Ansprüche.
 - Punkt 10: Gelegenheit einer autonomen Entwicklung für die Nationalitäten Oesterreich-Ungarns.
 - Punkt 11: Räumung und Rückerstattung für Rumänien, Serbien und Montenegro. Freier Zugang zur See für Serbien. Internationale Garantien für die Regelung der Verhältnisse der Balkanstaaten untereinander.
 - Punkt 12: Selbstständigkeit für die türkischen Teile des osmanischen Kaiserreiches, autonome Entwicklung für die anderen Nationalitäten der Türkei. Freie Durchfahrt durch die Dardanellen.
 - Punkt 13: Ein unabhängiges Polen, das alle unzweifelhaft polnisch beherrschten Länder umfaßt, einen Zugang zur See erhält und durch internationalen Vertrag sichergestellt wird.
 - Punkt 14: Gründung einer allgemeinen Vereinigung der Nationen zum Zwecke gegenseitiger Garantierung.
- Diesem letzten Punkt hat Wilson in seiner am 4. Juli dieses Jahres am Grabe Washingtons gehaltenen Rede noch folgendermaßen genauer gefaßt: „Schaffung einer Friedensorganisation, die verbürgt, daß die gesamte Macht der freien Nationen jede Rechtsverletzung verhindern wird, und die ein Schiedsgericht einrichtet, dem alle internationalen Gegensätze unterbreitet werden soll.“

von Rotterdam, 17. September.

Aus New York meldet Neuter auch noch die Ansicht einiger Senatoren, die aber sämtlich als deutschfeindlich bekannt sind. Senator Lodge äußerte in einem Interview seine Meinung dahin, daß der Aufforderung keine Folge gegeben werden dürfe. Der Vorsitzende der Senatskommission für auswärtige Angelegenheiten, Hitchcock, erklärte, daß es lächerlich sei, in diesem Augenblick über den Frieden zu sprechen. Die Vereinigten Staaten und die Alliierten hätten weiterzukämpfen, bis ein Sieg errungen sei, der die völlige Niederlage des Feindes bedeute. Der Vorsitzende der Kommission für militärische Ange-

legenheiten aus dem Abgeordnetenhaus, Dons, sagte, die Note liefere den Beweis dafür, daß Deutschland geschlagen sei. Er werde erst für eine solche Konferenz sein, bei der der Frieden diskutiert werden würde. (Siehe auch vierte Seite.)

Der deutsche Abendbericht.

Meldung des Wolffschen Telegraphen-Büros.

Berlin, 17. September, abends. (Ausklich.)

Zwischen Ailette und Wäse scheiterten erneute An- griffe des Feindes. Von den anderen Fronten nichts Neues.

Der Reichstag und die Lage.

Rationalliberale Zustimmung zur Kriegszielpolitik.

Über die Sitzung der rationalliberalen Reich- tagsfraktion, die gestern unter starker Beteiligung stattfand, wurde eine parteiamtliche Notiz ausgegeben, die besagte: „Die mehrstündigen Verhandlungen gipfelten in der fast ein- mütigen Zustimmung zu der von der politischen Leitung unter Billigung der Obersten Heeres- leitung vertretenen Kriegszielpolitik.“

In der Aussprache, die mehrere Stunden dauerte, wurden, wie wir hören, vor allem die Diktfragen behandelt. Die Fraktion beschloß, mit allen gegen eine Stimme, den bereits ratifizierten Zusatzverträgen mit der Sowjet-Republik zuzu- stimmen. Die Grundzüge der Rede des Vizekanzlers v. Pappe billigt die Fraktion nahezu einmütig. Sie betrauert sie als brauchbare Richtlinien für eine stetige Außenpolitik. Diese Ein- mütigkeit ist um so bemerkenswerter, als es bisher schien, als erzeuge der Verzicht auf Angliederungen im Westen und auf Kriegsentschädigungen starken Widerspruch in rechtsliberalen Kreisen.

Im Zusammenhang mit der Behandlung der Kriegszielfrage stehen die Erwägungen über die weitere parlamentarische Taktik. Der Wunsch, mit der Mehrheit, an deren interpartei- tionellen Beratungen die nationalliberale Fraktion ursprünglich teilnahm, wieder in engere Fühlung zu kommen hat ohne Zweifel Boden gewonnen. Ein förmlicher Beschluß wurde nicht gefaßt und konnte auch nicht gefaßt werden, da zunächst mit den Nachbarparteien über die sachlichen Voraussetzungen eines An- schlusses verhandelt werden muß. Man kann annehmen, daß der Vorsitzende der nationalliberalen Fraktion, Dr. Stresemann, an den Abgeordneten Frickel, den Leiter des interpartei- tionellen Ausschusses, zu diesem Zweck heranzuziehen wird. Wie bereits im gestrigen Abendblatt angedeutet, wird der Eintritt der National- liberalen in den Mehrheitsblock davon abhängen, ob sich eine sach- liche Einigung in den außenpolitischen Fragen erzielen läßt. Innerpolitisch besteht diese Uebereinstimmung in weitgehendem Maße, vor allem auch in der Wahlrechtsfrage, in der bekanntlich die Reichstagsfraktion entschieden für die Regierungsvorlage ein- tritt. Eine weitere Fraktionsitzung der Nationalliberalen ist für Montag in Aussicht genommen.

Nach der Fraktionsitzung trat der Geschäftsführende Ausschuß der Rationalliberalen Partei zusammen, um sich mit der Vorbereitung der Landtagswahlen zu be- fassen, die notwendig wird, wenn eine Einigung mit dem Plenum des Herrenhauses nicht gelingt. Wenn auch die Aussichten für eine Einigung keineswegs völlig geschwunden sind, so will die Partei doch auf jeden Fall gerüstet sein. Die prinzipielle Hal- tung ist durch den Beschluß des Preußentages zugunsten der Wahlrechtsvorlage festgelegt. Die Einberufung eines neuen Preußentages käme nur in Betracht, um praktische Wahlvorbereitungen zu treffen.

Für die weitere Klärung der politischen Lage wird der Sitzung der Zentrumsfraktion, die morgen stattfindet, besondere Bedeutung zukommen. Die Meinungen gehen in wichtigen Fragen vorläufig noch auseinander, sowohl in bezug auf die allgemeine politische Lage, wie auch auf die Stellung der Fraktion zu der Regierungspolitik. Die sozialdemokratische Fraktion tagt, wie bereits gemeldet, am Montag vormittag gemeinsam mit der Parteileitung.

Die Balfour-Rede.

Von

Georg Bernhardt.

Die englische Propaganda ist durch die Note des Grafen Buriac von neuem angefeuert worden und arbeitet mit einer Feinheit und Schnelligkeit, die dem politischen Geschick und dem journalistischen Verständnis der englischen Regierungs- leute alle Ehre macht. Aber schließlich werden doch auch die schönsten Methoden, wenn sie immer wieder angewendet werden, allzu durchsichtig. Das Reutersche Büro hat denn auch kaum etwas Neues erfunden, um die Welt von der englischen Stimmung zu unterrichten, die die Wiener Friedensanregung hervorgebracht hat.

Das erste, was das Ausland zu lesen bekam, war ein heftiger Ausfall der amerikanischen „Associated Press“, in der mit- geteilt wurde, daß Präsident Wilson und seine Leute dem Krieg nicht anders als durch Gewalt zu Ende bringen werden. Inzwischen ist eine amtliche Rundgebung über die Bestimmung des Präsidenten Wilson eingelaufen, die doch um eine ganze Reihe von Graden diplomatischer lautet. Ueber die englischen Pressestimmen ging wie immer zunächst ein Reuter- Communiqué in die Welt, in dem ganz kurz von der ablehnen- den Haltung der englischen Presse berichtet wurde. Dann folgte eine Wiedergabe von Pressestimmen. Die aber war so zusammengestellt, daß der größte Teil des Raumes von der natürlich scharf ablehnenden und heftig schimpfenden North- cliffe-Presse angefüllt war, während in ebenso kurzen wie mysteriösen Auszügen schließlich ein paar Äußerungen der anderen englischen Presse folgten. Erst nach diesen journalisti- schen Gasangriffen kam die Rede der englischen Presse- stimmen. Und da Rang es denn doch wesentlich anders, er- heblich weniger einseitig und durchaus nicht so unbedingt ab- lehrend, wie es Reuter glauben machen wollte. Man kann aus diesem Stck entnehmen, daß die Taktik der englischen Druckzähler gegenüber dieser Note so angelegt ist, daß zunächst allgemeine Enttäuschung vorgetürcht und dann der Eindruck der Ablehnung erweckt wird, um die wirklichen Absichten der englischen Politiker zu verschleiern.

Die neueste Leistung der englischen Propaganda ist die Rede Balfours, die wir an anderer Stelle zum Abdruck bringen. Auch hier wurde zunächst durch einen Reuter-Kom- mentar der Eindruck erweckt, daß Balfour den Vorschlag ohne weiteres abgelehnt habe, während die Rede in Wirklichkeit doch ein viel komplizierteres Bild ergibt. Balfour, der diesmal vor Pressevertretern gesprochen hat, gibt sich den Anschein, als ob seine Worte ohne Abstimung mit seinen Kollegen, ohne Kenntnis der Regierung geäußert seien und deshalb irgend eine Festlegung amtlicher Kreise nicht bedeuten. Herr Balfour kann zur Begründung dieses Vorwandes auch anführen, daß er erst ganz kurz, bevor er seine Rede hielt, von dem Inhalt der Note Kenntnis erlangt hatte. Um so respektabler ist, wie gern anerkannt werden soll, seine Leistung. Denn er hat merkwürdiger Weise sehr genau das zum Ausdruck gebracht, was sehr leicht in allen bisherigen Äußerungen über die Buriac'sche Note als Mittelpunkt der englischen Taktik zu erkennen ist.

Es ist nämlich merkwürdig, daß fast alle Zeitungsstimmen, ebenso wie Balfour, ganz nebenbei die Tatsache abtun, daß es sich um eine österreichisch-ungarische Note handelt. Bal- four polemisiert dauernd gegen Deutschland, genau wie es fast ausschließlich die englischen Zeitungen getan haben. Er tut so, als ob Oesterreich-Ungarn an keiner Kriegshand- lung beteiligt gewesen sei. Der rumänische Friede wird als ausschließlich deutsches Fabrikat behandelt. Von Serbien ist keine Rede. Die Tschecho-Slowaken, die erst mit so großem Pomp als selbständige Nation anerkannt worden sind, wer- den mit keinem Wort erwähnt. Ueber die Grenzberichtigun- gen Oesterreich-Ungarns in Rumänien wird nicht gesprochen. Kurzum, England bemüht sich, wie aus alledem ersichtlich ist, fortgesetzt, Deutschland als das große Friedenshindernis seinem österreichischen Bundesgenossen vor Augen zu führen. Dabei wird recht raffiniert vorgegangen die öster- reichisch-ungarischen Völker sollen den Eindruck gewinnen, daß sie nur für Deutschlands Kriegsziele kämpfen. Denn